



## Europa und wir

### DREI FRAGEN

an Dr. Markus Pieper, CDU-Europaabgeordneter aus Lotte (Münsterland) und Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments.

#### Herr Pieper, ist die EU-Strukturförderung künftig noch bezahlbar?

Die europäische Regionalpolitik droht in der Tat aus dem Ruder zu laufen. Wären alle heutigen Beitritts- und Kandidatenländer bereits Vollmitglied der EU, müssten zusätzlich rund 150 Milliarden aufgebracht werden. Die Integration von Rumänien, Bulgarien sowie der Länder der so genannten Heranführungshilfe (Türkei, Kroatien, Länder des Westbalkans) in die Regionalförderung würde damit 50 Prozent unseres derzeitigen Budgets für die Strukturpolitik verbrauchen. Allein die Türkei käme in Abhängigkeit ihres Bruttosozialprodukts auf jährlich zwischen 16 und 22 Milliarden Euro Struktur Gelder. Das wäre auch mit prall gefüllten öffentlichen Kassen unbezahlbar.



#### Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie angesichts der dramatischen Zahlen?

Die Zahlen zeigen, dass es ein Weiter-so in der europäischen Erweiterungspolitik nicht geben kann. Insbesondere für die Türkei müssen wir als Einstieg in die Strukturpolitik ein Stufenkonzept entwickeln. Also nicht mit der Gießkanne Fördermittel landesweit verteilen. Stattdessen zunächst nur bestimmte Branchen oder Regionen mit EU-Mitteln unterstützen. Die Förderpolitik muss sich in der Anfangsphase stärker an Wachstumspotenzialen und weniger am regionalen Ausgleich orientieren. Außerdem darf Europa seinen Geldhahn nur in Abhängigkeit von den finanziellen eigenen Möglichkeiten und auch vom politischen Fortschritt in der Türkei oder in Serbien öffnen. Es darf keine Einbahnstraßen mehr in die finanziellen Automatismen einer Vollmitgliedschaft geben. Aus strukturpolitischer Sicht können wir mit der Türkei nur diese besondere Form der Kooperation verantworten, nicht aber eine Vollmitgliedschaft mit all ihren finanziellen Folgen.

#### Was muss sich für die Strukturhilfe der Mitgliedstaaten ändern?

Wir müssen die EU-Gelder effizienter einsetzen. Das geht, wenn wir künftig stärker auf die Hebelwirkung von Darlehensfinanzierungen setzen. So würden wir Regionalpolitik auf Projekte konzentrieren, die stark im Eigeninteresse der Regionen sind. Investitionen in Infrastruktur, Innovation und Umweltschutz sollten absolut Vorrang haben. Dagegen müssen die Betriebs-subsidien stärker auf ihre Wirkungen überprüft werden. Ich denke, dass die EU-Gelder hier oft nur „mitgenommen“ werden. Kein Unternehmer macht eine Standortentscheidung abhängig von einmaligen Subventionen. Wichtige Standortfaktoren sind vielmehr der Absatzmarkt, die Verkehrsanbindung, das Steuersystem und Arbeitskosten.

*Die Fragen stellte Michael Clasen.*